

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 10. Februar 1993
am Donnerstag, dem 11. Februar 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	53	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	13, 47
Bindig, Rudolf (SPD)	6, 7	Matschie, Christoph (SPD)	19
Erler, Gernot (SPD)	30, 31	Mehl, Ulrike (SPD)	56, 57
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	1, 2	Dr. Olderog, Rolf (CDU/CSU)	51, 52
Gansel, Norbert (SPD)	27, 54	Dr. Otto, Helga (SPD)	4, 5
Grüner, Martin (F.D.P.)	11, 12	Reuter, Bernd (SPD)	23, 24
Iwersen, Gabriele (SPD)	40, 41	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	48, 49
Jäger, Claus (CDU/CSU)	14	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	17, 18
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	15, 16	Stiegler, Ludwig (SPD)	10, 35
Klemmer, Siegrun (SPD)	20, 44	Stockhausen, Karl (CDU/CSU)	32, 33
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Terborg, Margitta (SPD)	8, 9
Kubatschka, Horst (SPD)	3, 34	Dr. Weng, Wolfgang (Gerlingen) (F.D.P.)	38, 39
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	45, 46	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	36, 37
Kuhlwein, Eckart (SPD)	55	Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU)	21, 22
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	50	Würfel, Uta (F.D.P.)	42, 43
Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	25, 26		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie
und Senioren**

1. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU) In welchem Umfang sind in den letzten drei Jahren in Deutschland Kosten für Kleiderbeihilfen für Asylbewerber angefallen?

2. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Fuchtel**
(CDU/CSU) Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag, künftig aufgearbeitete Gebrauchtkleider auszugeben und für die Aufarbeitung Sozialhilfebezieher im arbeitsfähigen Alter einzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

3. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD) Wird die Bundesregierung auf die Generaldirektion Deutsche Bundespost POSTDIENST dahin gehend einwirken, daß kleinere Gewerbetreibende mit einer Kundenkartei unter 1000 Adressen schon vor Mai 1993 das neue Postleitzahlenbuch ausgehändigt bekommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung
und Technologie**

4. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD) Besteht von seiten der Bundesregierung die Absicht, die geplanten Mittelkürzungen für die Großforschungseinrichtungen auch für die neu gegründeten, sich noch im Aufbau befindlichen Großforschungseinrichtungen vorzunehmen?

5. Abgeordnete
**Dr. Helga
Otto**
(SPD) Plant die Bundesregierung, die Förderung der Forschungs-ABM noch für ein zweites Jahr fortzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Inwieweit treffen Berichte zu (DER SPIEGEL 48/1992), daß die 1987 von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zugesagte Sanierung der Lederfabrik in Lhasa/Tibet noch nicht wirksam eingeleitet worden ist und weiterhin Belastungen von Menschen und Umwelt – auch in der weiteren Umgebung – durch hochgiftige Produktionsabfälle, insbesondere durch hochgiftige Chromsalze, auftreten?
7. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Welche einzelnen Maßnahmen hat die Bundesregierung seit 1987 ergriffen, um die Sanierung vorzunehmen, Umweltbelastungen und -schädigungen zu verhindern, die Gesundheit der dort arbeitenden und lebenden Menschen zu schützen und zu bessern, die Finanzierung solcher Maßnahmen zu sichern und vor Ort auftretende Schwierigkeiten und Verzögerungen schnellstmöglich zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

8. Abgeordnete
Margitta Terborg
(SPD)
- Kann sich die Bundesregierung Schätzungen der Deutschen Steuergewerkschaft zu eigen machen, die von einem jährlichen Schaden in Höhe von 100 Mrd. DM durch Steuerhinterziehung ausgehen, und was will sie gegen diesen besonders skandalösen Mißbrauch unternehmen?
9. Abgeordnete
Margitta Terborg
(SPD)
- In welchem Umfang werden Steuerprüfung und Steuerfahndung personell aufgestockt, um zu einer wirksameren Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu kommen, oder sind diese Bereiche ebenfalls von der beabsichtigten Personalkürzung betroffen, und in welchen Zeitabständen werden Klein-, Mittel- und Großunternehmen derzeit steuerlich überprüft?
10. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verkehrssituation an den Hauptgrenzübergängen zur Tschechischen Republik, insbesondere auch Grenzübergang Waidhaus, und was wird sie

- unternehmen, um in Zusammenarbeit mit der tschechischen Regierung auch bei schwierigen Witterungsverhältnissen eine schnellere und reibungslosere Grenzabfertigung zu erreichen?
11. Abgeordneter
Martin Grüner
(F.D.P.)
- Ist es richtig, daß ein in Spanien unter dem Markennamen „Ideales“ eingeführtes Produkt, das einen mit Zigarettenpapier umhüllten vorportionierten Tabakstrang darstellt, der nach Anfeuchten des Zigarettenpapiers zu einem rauchbaren – einer Strangzigarette entsprechenden – Produkt wird, von der Ratsprotokollerklärung vom 15. Oktober 1992: „Der Rat und die Kommission erklären, daß auf ein oder mehrere Papiere aufgebrauchte Tabakwaren, die erst geraucht werden können, wenn der Verbraucher den Tabak preßt und das Papier rollt und klebt, nicht als ‚Zigaretten‘ angesehen werden“, umfaßt ist?
12. Abgeordneter
Martin Grüner
(F.D.P.)
- Wodurch unterscheidet sich dieses Produkt in tabaksteuerrechtlich relevanter Weise von den hiesigen Feinschnittrollen?
13. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung auch in Zukunft Firmen wie die IABG, die Mittelverwendungen der Bundesregierung in den Bereichen Verteidigung, Umwelt, Forschung und Technologie überprüfen, weiter fördern?
14. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Auf welchen Betrag beziffert die Bundesregierung den Wert des derzeitigen industriellen Beteiligungsvermögens des Bundes einschließlich seiner Beteiligungen an Banken, Versicherungen und ähnlichen Dienstleistungsunternehmen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Wert des dem Bund derzeit gehörenden Grundvermögens ohne Bahn-, Post- und Bundeswehrgrundstücke?
15. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Unterliegen die Treuhandunternehmen (AG und GmbH) ausschließlich dem Treuhandgesetz oder auch dem Aktiengesetz, wenn ja, welches Gesetz hat Priorität?
16. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
- Welche Gründe haben die Treuhandanstalt bewogen, die Aufsichtsratsmitglieder der Firma PKM Anlagenbau GmbH, Leipzig (gemäß Satzung und aufgrund Stammkapital gemäß Aktiengesetz hat die Firma einen neunköpfigen Aufsichtsrat) aufzufordern, ihr Mandat niederzulegen?

17. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Was tat und tut die Bundesregierung, um den Interessenkonflikt um das Grundstück 39 – 40 in der Palisadenstraße in Berlin-Friedrichshain zwischen dem Bezirk, welcher an dieser Stelle senioren- und behindertengerechte Wohnungen bauen möchte, und der Oberfinanzdirektion, welche dieses Grundstück der Deutschen Schallplatten GmbH im Austausch für ihr bisheriges Domizil im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais verkauft hat, einvernehmlich zu lösen?
18. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)
- Welche Standorte alternativ zur Palisadenstraße für die Deutsche Schallplatten GmbH hat der Bund geprüft bzw. angeboten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

19. Abgeordneter
Christoph Matschie
(SPD)
- In welcher Form soll die Sanierung der durch die Tätigkeit der WISMUT kontaminierten oder anderweitig in Mitleidenschaft gezogenen Gebäude, Wohnbereiche und Grundstücke erfolgen, die nicht zum Eigentum der WISMUT GmbH gehören?
20. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD)
- Wie hoch ist der Schaden, der der bundeseigenen WISMUT GmbH durch kriminelle Machenschaften von Scheinfirmen, teilweise von WISMUT-Mitarbeitern gegründet, im Zusammenhang mit der Abnahme von Kohleasche aus Kraftwerken entstanden ist, und gedenkt das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft Strafanzeige zu erstatten bzw. bei der geschädigten WISMUT GmbH personelle Konsequenzen zu ziehen?
21. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß sich mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand befindliche Unternehmen oder deren Tochtergesellschaften am Konzentrationsgeschehen im touristischen Bereich massiv beteiligen, und wie will die Bundesregierung dieses staatliche Engagement im Reisemarkt verringern?

22. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Duales System GmbH sich in letzter Zeit verstärkt auch bei der Entsorgung von gewerblichem Verpackungsmüll (Umverpackungen und Transportverpackungen) engagiert, und wie will die Bundesregierung verhindern, daß durch dieses Engagement die Duales System GmbH eine Monopolstellung zum Schaden des hier bisher engagierten gewerblichen Mittelstandes erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordneter
Bernd Reuter
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung Sanitätseinheiten nach Somalia zu entsenden?
24. Abgeordneter
Bernd Reuter
(SPD)
- Sollen hierbei auch Wehrpflichtige beteiligt werden?
25. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Aufgrund welcher „vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ (politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern) hat sich die Bundesregierung für eine „ausnahmsweise Genehmigung“ für den Export von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen NVA und von 3 U-Boot-Neubauten an Indonesien ausgesprochen, und zu welchem Zeitpunkt hat sie die Bau- und Exportgenehmigungen für die Kriegsschiffe erteilt?
26. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welche Abwägungen hat die Bundesregierung bei der Beurteilung der Menschenrechtslage im Ost-Timor-Konflikt in Anbetracht des Umstandes vorgenommen, daß nach ihren rüstungsexportpolitischen Grundsätzen „eine ausnahmsweise Genehmigung“ nicht in Betracht kommt, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht?

27. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Wer ist auf indonesischer Seite Empfänger der 39 Kriegsschiffe der ehemaligen NVA, deren Export die Bundesregierung genehmigt hat, und welche indonesische Stelle hat Zahlungen in diesem Zusammenhang an die Bundesrepublik Deutschland geleistet?
28. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Waffen und Munition hat der Waffenhändler Karl-Heinz Schulz (Firma BELJMA) zu welchen Konditionen und Preisen aus den Beständen der ehemaligen NVA erhalten (vgl. Presseerklärungen des BND vom 5. November 1992 und vom 19. Januar 1993)?
29. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann sichergestellt werden, daß diese Waffen und Munition nicht in Spannungs- und Krisengebiete gelangten?
30. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welches sind die tatsächlichen Kosten für die Auflösung des Kreiswehersatzamtes (KWEA) Freiburg und die Übertragung seiner Aufgaben auf das KWEA Lörrach, einschließlich der damit verbundenen Baumaßnahmen und der künftig erhöhten Betriebskosten für die Tätigkeit des KWEA Lörrach?
31. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie begründet es der Bundesminister der Verteidigung, daß er, angesichts einer Finanzsituation, die ihn zum vorläufigen Stopp aller Rüstungsvorhaben für die Bundeswehr zwingt, nicht auch getroffene Standortentscheidungen, wie z. B. die zur Auflösung und Verlegung des KWEA Freiburg, einer strikten Kostenüberprüfung unterzieht mit dem Ziel, die kostengünstigsten Lösungen anzustreben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

32. Abgeordneter
Karl Stockhausen
(CDU/CSU)
- Was will die Bundesregierung unternehmen, damit Importe von geschlachtetem Rindvieh aus den Niederlanden, die aus importierten Kälbern aus England stammen, wegen der dort herrschenden Rinderseuche BSE unterbunden werden?

33. Abgeordneter
**Karl
Stockhausen**
(CDU/CSU)
- Treffen die in den Medien geäußerten Befürchtungen zu, daß hierdurch mit einer Gefährdung der Bundesbürger gerechnet werden muß?
34. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung einen Kausalzusammenhang zwischen geringeren Temperaturen in Warmwasseranlagen und dem vermehrten Auftreten der „Legionella pneumophila“-Bakterien, die die „Legionärskrankheit“ verursachen, für möglich, und falls ja, welchen Handlungsbedarf sieht sie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

35. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Trifft es zu, daß zahlreiche Güter aus und durch Böhmen mit der Bahn bis an die bayerische Grenze transportiert werden, um dann auf tschechische und/oder slowakische Lkws verladen zu werden, die unter Ausnutzung der bestehenden Kontingente die Endablieferung in Europa besorgen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um diese Güter auf der Bahn zu halten?
36. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Sind die Gefährdungen durch Piratenüberfälle, welchen Seeleute in bestimmten Gebieten ausgesetzt sind, der Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen i. S. d. § 67 Satz 1 Nr. 6 Seemannsgesetz vergleichbar?
37. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Könnte ein Seemann, wenn er erst am Einsatzort seines Schiffes erfährt, daß kurz zuvor auf dem vor dem Schiff liegenden Seeweg Seeleute von Piraten erschossen wurden, berechtigterweise seine Ablösung nach § 67 Satz 1 Nr. 6 Seemannsgesetz verlangen?
38. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng
(Gerlingen)**
(F.D.P.)
- Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß die Deutschen Bahnen noch innerhalb der ersten Hälfte 1993 abschließend darlegen, welche ihrer Liegenschaften betriebsnotwendig sind und welche nicht?

39. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Weng
(Gerlingen)
(F.D.P.)**
- In welcher Weise wird die Bundesregierung auf die Deutschen Bahnen Einfluß nehmen, daß diese ihre nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften in planerischer Kooperation mit den betreffenden Kommunen für – auch private – Investitionen zur Verfügung stellen?
40. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen
(SPD)**
- Verfolgt die Bundesregierung noch immer das Ziel, die Bahnstrecke Sande – Esens zu regionalisieren, und wenn ja, weshalb vermindert sie die Attraktivität der Strecke durch Herabstufung des Bahnhofes Jever zu einem eingleisigen Haltepunkt bei gleichzeitigem Abbau des zweiten Gleises, welches für den Begegnungsverkehr unerläßlich ist?
41. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen
(SPD)**
- Warum werden bei Streckenabschnitten der Deutschen Bundesbahn, die zur Regionalisierung vorgesehen sind, entgegen einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern Gleisanlagen demontiert mit dem Ergebnis, daß auf der sonst eingleisigen Strecke Zugbegegnungen auch in Zukunft verhindert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

42. Abgeordnete
**Uta
Würfel
(F.D.P.)**
- Trifft es zu, daß auf EG-Ebene z. Z. eine neue Richtlinie erarbeitet wird, nach der Polstermöbel nur noch mit schwer entflammaren Stoffen bezogen werden dürfen und somit Natur-Materialien wie Seide, Leinen oder Baumwolle keine Verwendung mehr finden dürfen?
43. Abgeordnete
**Uta
Würfel
(F.D.P.)**
- Trifft es zu, daß die zur Herstellung notwendigen Flammenschutzmittel das schwer giftige ANTIMON enthalten und die Polstermöbel demnach zu „Sondermüll“ bei der Entsorgung würden?
44. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer
(SPD)**
- Ist die Bundesregierung bereit, wegen des großen öffentlichen Interesses und im Interesse einer möglichst raschen Hilfeleistung an die betroffenen Menschen, Erkenntnisse zu veröffentlichen, die ihr nach Angaben der Presse zur radioaktiven

Verseuchung weiter Teile Rußlands vorliegen, und hat die Bundesregierung erste Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen gezogen, etwa in Form eines Hilfsangebots, das zunächst in Hilfe zur wissenschaftlichen Erfassung des Schadensumfangs bestehen könnte?

45. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Sind Risse im Leitungssystem in der Risikostudie B für das Kernkraftwerk Biblis als mögliche Störfälle berücksichtigt worden, und mit welchen Prüfergebnissen wurde in den Blöcken A und B des KKW Biblis zuletzt auf Ribbildungen, insbesondere in Schweißnähten, geprüft?

46. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)

Wurden beim Besuch des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Pakistan und Indien konkrete Vereinbarungen über eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Beschlüsse der UNCED-Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio vom Juni 1992 durch organisatorische, methodische und technische Hilfen z. B. zur Aufstellung und Koordinierung von CO₂-Reduktionsverpflichtungen, Zeitplänen und Instrumenten im Sinne von Nord-Süd-Umweltpartnerschaften getroffen, und wurde im Rahmen seines Besuches auch das Thema einer deutsch-indischen Umweltpartnerschaft erörtert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen

47. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Trifft es zu, daß der Taiwan im letzten Herbst besuchende Bundesminister für Wirtschaft und der ihn begleitende Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Wolfgang Gröbl, aufgrund einer Intervention des Auswärtigen Amtes bei ihrem Aufenthalt in Taipeh weder mit dem Präsidenten der Republik China, dem in Taiwan geborenen, in der Bevölkerung hoch angesehenen Lee Deng-hui, noch mit dem Außenminister Fredrick Chien, einem in den USA ausgebildeten Wirtschaftsfachmann, zusammengetroffen sind, und zu welchem Zweck diente ggf. diese Intervention?

48. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß Schwimmbad und Sauna des Gästehauses „Petersberg“ von Staatsgästen fast nicht genutzt werden, gleichwohl aber eine Nutzung durch private Gäste des „Petersberg“ bisher nicht zugelassen worden ist?
49. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Welche sonstigen Räume des „Petersberg“ dürfen ausschließlich von Staatsgästen genutzt werden, in welchem Umfang ist das im einzelnen bisher geschehen?
50. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind dem Bund bisher durch den laufenden Betrieb des Gästehauses „Petersberg“ insgesamt entstanden, und inwieweit konnten diese durch Drittnutzung vermindert werden?
51. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist das Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg in Königswinter seit seiner Eröffnung in seinen einzelnen Teilen von Staatsgästen genutzt worden, und inwieweit hat im Rahmen einer Öffnung für die Bürger eine private Nutzung im einzelnen stattgefunden?
52. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zukünftig den Beschlüssen des Bundestages zu entsprechen und in größerem Umfang eine private Nutzung zuzulassen, und wie soll dieses zukünftige Nutzungskonzept im einzelnen aussehen?
53. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Absprachen zwischen den damaligen Westmächten und der ehemaligen Sowjetunion bezüglich des Baues der Berliner Mauer am 13. August 1961 vor?
54. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß der portugiesische Außenminister im Juli vergangenen Jahres wegen des beabsichtigten Exports von Kriegsschiffen aus der Bundesrepublik Deutschland nach Indonesien dem Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, einen Brief geschrieben hat, der noch nicht beantwortet ist, und wie hat Portugal auf die Exportgenehmigungen der Bundesregierung reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

55. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Standorte Ratzeburg und Schwarzenbek des Bundesgrenzschutzes auf absehbare Zeit zu garantieren, oder gibt es Pläne der Bundesregierung, einen der Standorte oder beide im Zusammenhang mit einer künftigen Nutzung des Bundeswehrstandortes Lanken/Elmenhorst durch den BGS aufzuheben?
56. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Warum beabsichtigt die Bundesregierung vorhandene Katastrophenschutzschulen zu schließen, u. a. Rendsburg, ohne daß sie ein neues Ausbildungskonzept für den erweiterten Katastrophenschutz erarbeitet hat, was bereits vor Jahren vom Bundesrechnungshof unter heftiger Kritik des bestehenden Konzeptes angemahnt worden ist?
57. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Aufgrund welcher Kriterien kam es zu der im Bericht der Bundesregierung an den Innenausschuß im Oktober 1992 genannten Überlegung, die Schule in Rendsburg aufzulösen, und in welcher Weise wurde die dort genannte Prüfung tatsächlich durchgeführt?

Bonn, den 5. Februar 1993

